



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

D., R.: Die letzten Herbstwahlen in den Vereinigten Staaten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Köpfe offenbart sich aber noch das reine Formengefühl, der Adel echt hellenischer Kunst, die hier, auf einsamem Posten inmitten barbarischer Völkerschaften, eine so herrliche Nachblüthe erlebt hat. Zeigt sich auch an der bewunderungswürdigen Marmorarbeit, die vor dem kühnsten Wagniß nicht zurückschreckt, die Thätigkeit mehrerer Hände von verschiedener Kunstfertigkeit, so wurden doch alle diese Hände von demselben Geiste geleitet, der selbst da eine liebevolle, bis ins Kleinste vollendete Ausföhrung verlangte, wo bei dem hohen Aufstellungsort keines Menschen Auge hingelangen konnte. So bilden die pergamenischen Skulpturen, deren Gleichen die Welt noch nicht gesehen hat, auch in rein technischer Hinsicht einen wohlthuernden Gegensatz zu den Giebelgruppen des olympischen Zeustempels, die von lieb- und verständnißlosen Steinmetzen mit ungeübter Hand kaum aus dem Rohen herausgehauen worden sind.

Heute, wo das gewaltige Ereigniß noch mit voller Macht auf unsere Phantasie einstürmt, ist eine ruhige und unbefangene Würdigung der pergamenischen Funde noch nicht möglich. Wenn erst das ganze Material beisammen und übersichtlich geordnet sein wird, dann wird auch die ruhige kritische Erwägung an die Stelle des Enthusiasmus treten und die wissenschaftlichen Resultate zu Tage fördern. Tausend Fragmente müssen gesichtet, die gefundenen Inschriften, unter denen sich auch die Weih-Inschrift des Altalos befindet, müssen entziffert und die besser erhaltenen Relieftafeln müssen von dem Mörtel gereinigt werden, welcher die Figuren noch zum Theil den Blicken verhüllt. Dann wird es an der Zeit sein, die Bedeutung dieses außerordentlichen Fundes für die griechische Kunstgeschichte ausführlicher zu erörtern, als es hier nach den ersten überwältigenden Eindrücken geschehen konnte.

Berlin.

Adolf Rosenberg.

---

## Die letzten Herbstwahlen in den Vereinigten Staaten.

Die hochgespannten Hoffnungen der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben eine arge Täuschung erfahren, insofern die Wahlen, welche in verschiedenen Einzelstaaten der Union im September, Oktober und November d. J. stattfanden, der großen Mehrzahl nach günstig für die Partei der Republikaner ausgefallen sind.

Es ist bekannt, daß unter der achtjährigen Administration des von den Republikanern zweimal zum Präsidenten gewählten Generals Grant die Demo-

kraten einen Wahlsieg nach dem andern erfochten, so daß sie schließlich nicht nur den ganzen Süden für sich hatten, sondern auch in verschiedenen nördlichen Unionsstaaten die Majorität erlangten und selbst in beiden Häusern des Kongresses in der Mehrheit waren. Ebenso bekannt ist es, daß der gegenwärtige Präsident Hayes nach langen Streitigkeiten, die oft einen sehr ernsten Charakter anzunehmen drohten, nur durch ein von der Bundesgesetzgebung, unter Beistimmung der Demokraten, niedergesetztes Schiedsrichter-Kollegium sein Amt im Jahre 1877 antreten konnte. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn die Demokraten mit einer gewissen Siegesgewißheit den jüngsten Herbstwahlen entgegengingen, obschon ihr eigener Hochmuth und die gemäßigte Reformpolitik des Präsidenten Hayes vielfach die öffentliche Meinung der Sache der republikanischen Partei wieder günstiger gestimmt hatte. Die entscheidenden Fragen bei den letzten Wahlen waren die Finanzfrage und die Aufrechterhaltung der Autorität der Nationalregierung gegenüber der von den Demokraten vertheidigten Souveränität der Einzelstaaten. Manche der hervorragendsten Führer der demokratischen Partei, die früher für die Wiederaufnahme der Baarzahlung, sowie für ehrliche Abtragung der Nationalschuld und gegen die unendliche Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes waren, änderten aus politischen Beweggründen ihre Ansichten und wurden Papiergeld-Männer (soft-money men). In erster Linie ist hier Thurman, Bundes senator von Ohio, zu nennen, der nicht geringe Aussichten hatte, von den Demokraten im nächsten Jahre als Präsidentschaftskandidat nominirt zu werden. Eine Zeit lang schien es auch, als wenn diese Taktik von Erfolg begleitet wäre, denn nicht nur im ganzen Süden, sondern auch im Norden, namentlich in manchen nordwestlichen Staaten, zählten die Papiergeld-Leute oder Greenbackers auf einen großen Anhang. Dazu kam, daß im Jahre 1876 Samuel Jonas Tilden in den Staaten New-York, New-Jersey, Connecticut und Indiana als Präsidentschaftskandidat die Stimmenmehrheit über Hayes davontrug, sodaß die Demokraten hoffen konnten, auch Ohio, Pennsylvania und Illinois für sich zu gewinnen. Alle diese Aussichten sind nun zu Wasser geworden. Die seit dem 1. Januar 1879 ins Leben getretene Wiederaufnahme der Baarzahlung, sowie andere vom Finanzminister John Sherman und der Hayes-Administration getroffene Maßregeln haben auf den Handel, die Industrie und das Geschäftsleben in den Vereinigten Staaten überhaupt so günstig eingewirkt, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes von einer Aenderung in der Finanzpolitik nichts wissen wollte und die Papiergeld-Partei bedeutend an Boden verlor. Schon vor etwa drei Monaten zeigte sich dieser Umschwung bei den Wahlen in Californien und Colorado, aus denen die Republikaner in der Hauptsache als Sieger hervorgingen, noch deutlicher aber trat er bei den darauf folgenden Staatswahlen hervor. Die

Republikaner siegten mehr oder weniger glänzend in den Staaten Maine, Massachusetts, Pennsylvanien, Wisconsin, Nebraska, Minnesota, Connecticut, Iowa, Ohio und New-York, in New-Jersey gewannen sie die Mehrzahl der Vertreter in der dortigen Gesetzgebung, in Maryland verringerten sie die Stimmenzahl der Demokraten, und nur in dem südlichen Staate Mississippi blieben die letzteren in ihrer alten Stärke. Es zeigte sich deutlich, daß, mit Ausnahme von Maryland und Mississippi, in jedem Staate, wo größere Wahlen stattfanden, das Volk der Papiergeld-Politik und der partikularistischen Staatenrechtslehre der Demokraten abgeneigt war.

Von ganz besonderer Bedeutung sind die Wahlen von Ohio und New-York. Schon lange, bevor die Zeit der Wahl in Ohio herangekommen war, schwebte in der ganzen Union die Frage, wie es dort mit der Machtstellung der einzelnen Parteien stehe, auf Aller Lippen; die Politiker und die Tagesblätter beschäftigten sich mit derselben in Nord und Süd, in Ost und West aufs lebhafteste. Zwar sind der Staat Ohio und seine Wahlen schon seit mehreren Jahren in der gesammten Union als äußerst wichtig anerkannt worden, allein zwei Umstände trugen diesmal wesentlich dazu bei, die Blicke des amerikanischen Volkes nach Ohio zu lenken. Erstens zog dieser Staat gerade in diesem Jahre die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, weil es der Staat des Präsidenten Hayes ist, und weil zwei hervorragende Präsidentschaftskandidaten der entgegengesetzten Parteien, der republikanische Finanzminister John Sherman und der demokratische Bundes senator Thurman, zu seinen Bürgern zählen. Auch handelte es sich um die interessante Frage, wieder republikanische Gouverneuramts-Kandidat Foster, ein intimer Freund der Hayes-Administration, der von der Grant-Clique und den radikalen Republikanern oder „Bourbonen“ so angefeindet wurde, daß man fürchtete, diese würden seine Niederlage nicht ungern sehen, seinem demokratischen Gegner, dem Papiergeld-Mann General Ewing, gegenüber fahren würde. Es handelte sich ferner darum, ob Shermans Anstrengungen in der Wahlkampagne von mehr oder weniger Erfolg begleitet sein würden, oder ob der Staat den Demokraten erhalten bleiben und damit der Bundes senator Thurman der bestimmte Bannerträger dieser Partei im nächsten Jahre sein würde. Zweitens ist Ohio seit Jahren, was seine politische Parteistellung betrifft, ein unsicherer Staat gewesen, der heute für, morgen gegen die Republikaner stimmte, je nachdem ihm die Kandidaten gefielen. Da es sich aber diesmal um einen Ausschlag in zwei wichtigen, die ganze Nation betreffenden Fragen handelte, nämlich um die Herrschaft des Südens, der die nationale Autorität zu erschüttern suchte, und um die Finanzfrage, und da der demokratische Gouverneuramts-Kandidat Ewing, so weit dessen Persönlichkeit ins Spiel kam, ein Mann war, der die volle Sympathie des Volkes besaß, so mußte die Entscheidung der diesjährigen

Wahl zeigen, ob persönliche Sympathien mächtiger seien als große nationale Fragen. Wenn die Antwort gegen jene und für diese ausfiel, dann erschien auch das Resultat der Wahlen in Ohio für das nächste Jahr unter einem guten republikanischen Präsidentschaftskandidaten ziemlich sicher, und damit war eine große Gefahr abgewendet; denn ein diesmaliger Sieg der Demokraten in Ohio hätte bei der großen Bedeutung des Staates als Centralstaat und bei der großen Zahl seiner Präsidentenwähler die republikanische Partei in dem nächstjährigen Präsidentschaftskampfe in eine ganz verzweifelte Lage gebracht.

Es kann indeß noch immer geschehen, daß das in diesem Jahre von den Republikanern erzielte günstige Resultat wieder aufs Spiel gesetzt wird, und zwar dadurch, daß sich die im Jahre 1880 zusammentretende Nationalkonvention der Republikaner bei der Ernennung des Präsidentschaftskandidaten durch die Intriguen der Grant-Anhänger bestimmen läßt, dem amerikanischen Volke einen dritten Amtstermin des Herrn Grant, d. h. des Mannes aufzuzwängen, der gerade die größte Schuld daran trägt, daß der sonst für die republikanische Partei so sichere Staat Ohio unsicher geworden ist. Noch im Jahre 1872 gab Ohio eine Mehrheit von 37502 Stimmen für Grant, aber schon zwei Jahre später war diese Mehrheit geschwunden. Eine demokratische Legislatur schickte einen Demokraten in den Bundes Senat. Im Jahre 1875 blieb dem republikanischen Gouverneuramts-Kandidaten nur noch eine Mehrheit von 2951 Stimmen. Im wichtigen Jahre 1876 erhielt Hayes, der eigene Sohn des Staates, als Präsidentschaftskandidat nur eine absolute Mehrheit von 2747 Stimmen, obgleich er als Gouverneur sich des allgemeinsten Vertrauens zu erfreuen hatte. So hatte der korrupte Grantismus die Reihen der republikanischen Partei gelichtet. Im Jahre 1877 endlich brauste ein solcher demokratischer Sturm über Ohio dahin, daß auch der letzte Republikaner als Vertreter dieses Staates aus dem Bundes Senate scheiden mußte, um einem Demokraten Platz zu machen, während auch die Vertretung von Ohio im Repräsentantenhause des Kongresses der Mehrzahl nach aus Demokraten bestand.

So standen die Dinge im Herbst dieses Jahres. Die ganze Staatsverwaltung ruhte in demokratischen Händen, und die Vertreter in der Bundeslegislatur gehörten der Mehrzahl nach der demokratischen Partei an. Da kam die Staatswahl vom 14. Oktober d. J. und gab der ganzen Sachlage ein anderes Aussehen. Mit einer Mehrheit von 15—20000 Stimmen siegten die Republikaner über die Demokraten und erwählten nicht nur den Gouverneur und den Vicegouverneur, sondern errangen auch die Mehrheit in der Gesetzgebung des Staates. Die Republikaner haben nämlich im Repräsentantenhause von Ohio 69, die Demokraten nur 45 Mitglieder; im Senate aber befinden sich neben 22 Republikanern 15 Demokraten. Bei der gemeinsamen Sitzung

beider Häuser, in welcher die Bundeszenatoren gewählt werden, haben mithin die Republikaner eine Mehrheit von 31 Stimmen, woraus folgt, daß Thurmans Stern nicht nur als Bundeszenator, sondern auch als Präsidentschaftskandidat stark im Sinken begriffen ist.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so glänzend, wie in Ohio, siegten die Republikaner am 4. November im Staate New-York. Der Hauptführer der republikanischen Partei war hier der langjährige Bundeszenator Roscoe Conkling. Dieser ebenso ehrgeizige und talentvolle, wie intrigante und korrupte Politiker gehört zu den einflußreichsten und mächtigsten Mitgliedern der Grant-Clique; er will von einer Versöhnung des Nordens mit dem Süden nichts wissen, stand stets mit der Reformregierung des Präsidenten Hayes auf sehr gespanntem Fuße und ist der entschiedenste Gegner von Karl Schurz, mit dem er unter der Grant-Administration im Bundessenate die gewaltigsten Redekämpfe bestand, obgleich beide ein und derselben, d. h. der republikanischen Partei angehörten. Diesem Herrn Conkling nun gelang es, eine seiner Kreaturen, einen gewissen Cornell, der republikanischen Partei als Gouverneuramts-Kandidaten aufzuzwingen. Bei der immensen Wichtigkeit, welche der Staat New-York, der bevölkertste der ganzen Union, in Bezug auf die Präsidentschaft besitzt, strengte nun auch die demokratische Partei unter Führung von Samuel J. Tilden alle ihre Kräfte an, den Republikanern den Sieg zu entreißen; und es wäre ihr dies, da Cornell bei den unabhängigen Reformrepublikanern durchaus nicht beliebt war, auch sehr wahrscheinlich gelungen, wenn nicht die berühmte Tommannyhall-Partei, welche in der Regel für die demokratischen Kandidaten stimmt, unter John Kelly's Führung diesmal gegen Tilden und dessen Gouverneuramts-Kandidaten Lucius Robinson in die Schranken getreten wäre. So geschah es denn, daß der republikanische Kandidat Cornell seinen demokratischen Gegner aus dem Felde schlug, allerdings mit Hilfe zweier Minister, des Staatssekretärs Swarts und des Finanzministers John Sherman, die beide im Cooper-Institut zu New-York öffentlich auftraten und in längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Reden Cornell den Wählern empfahlen. Die beiden Hauptpunkte, über welche Swarts und Sherman sprachen, waren die Finanzfrage und die herrschsüchtige, partikularistische Politik der Demokraten, namentlich der südlichen Demokratie. Da die Finanzfrage auch für Europa, namentlich für Deutschland, von Wichtigkeit ist, so lassen wir hier einen darauf bezüglichen interessanten Passus aus der Rede Shermans folgen. Der amerikanische Finanzminister sagte:

„Es ist sehr viel über den Silberdollar gesprochen und geschrieben worden, und die Silberfrage hat der nationalen Gesetzgebung zu der Zeit, als sie die Wiederaufnahme der Baarzahlung berieth, sehr viel zu schaffen gemacht. Ich für mein Theil bin mit Alexander Hamilton und Thomas Jefferson der Ansicht, daß die freie Prägung (free coinage) von Gold sowohl wie Silber die richtige Finanzpolitik der Regierung ist; aber die nothwendige Vorbedingung einer solchen freien Prägung besteht darin, daß der Werthgehalt (coin ratio) der Münzen möglichst gleich dem Marktwerthe der beiden genannten Metalle zur Zeit der Prägung sei. Diesen Grundsatz nahmen unsere Väter bei der Gründung der Union an, indem 15 Unzen Silber mit 1 Unze Gold in gleichem Werthverhältnisse standen. Als später der Marktpreis des Silbers etwas fiel, nahm man bei der Prägung das Verhältniß von 16 Unzen Silber zu 1 Unze Gold an. Wenn nun ein solches Werthverhältniß auch jetzt noch bestände, so würde der freien Silberprägung kaum ein Hinderniß entgegenstehen; allein eine ganze Reihe von Ereignissen, deren Aufzählung hier nicht nöthig ist, hat be-

wirkt, daß 412  $\frac{1}{2}$  Grän (grains) von Standard Silber erst 88 Cents in Gold gleich kommen. Aus diesem Grunde würde eine freie, unbegrenzte Silberprägung jetzt nothwendig Gold demonetisiren und uns zum Silber-Standard allein zurückführen. Hiergegen aber muß ich entschieden Einspruch erheben. Nach meiner Ansicht verlangt eine gesunde Finanzpolitik folgendes:

1.) Das gegenwärtige Werthverhältniß zwischen Gold und Silber macht es nothwendig, daß die Ausprägung von Silber beschränkt werde, und zwar so weit, wie der nöthige Gebrauch es erheischt, so daß das ausgeprägte Silbergeld seinen vollen Werth dem Golde gegenüber behält ohne Rücksicht auf seinen (des Silbers) Marktwert. 2.) Durch gegenseitiges Uebereinkommen der handeltreibenden Nationen mag ein Werthverhältniß zwischen den beiden Metallen festgesetzt werden, nach welchem alle Nationen Gold und Silber annehmen und prägen wollen. 3.) Der Silberdollar muß so viel Silber enthalten, daß er dem Golddollar gleichwerthig ist.

Der Golddollar von 25  $\frac{1}{5}$  Grän ist seit vierzig Jahren die Standard-Münze der Vereinigten Staaten gewesen, und es würde eine unverantwortliche Thorheit sein, diesen Standardstand jetzt zu ändern, weil demagogische Umtriebe es für den Augenblick so verlangen. Obgleich Frankreich das Silberprägen suspendirt hat, so befindet es sich gegenwärtig doch in Verlegenheit, weil es in den Gewölben der Bank von Frankreich mehr als die Hälfte seines geprägten Geldes in Silbergeld liegen hat; darum sollten wir Amerikaner nicht so thöricht sein und uns in eine ähnliche Verlegenheit stürzen. Wir sollten keinen einzigen Dollar ausprägen, der nicht dem Gold-Standard gleich käme, oder wenn wir es thun, so müßte solches Geld auf Verlangen in Gold sofort ungetauscht werden können. Vor allen Dingen verlangt es das Wohl der arbeitenden Klassen, daß wir einen festen Werthmesser (a fixed standard of value) haben für Arme und Reiche, daß wir nur vollwerthiges Geld in Circulation haben, daß wir nicht verschiedenwerthiges Geld besitzen, sondern nur solches, welches gleiche Kaufkraft hat. Nach den jetzt bestehenden Gesetzen prägen wir monatlich 2 Millionen Dollars in Silber. Solche Silberdollars sind jetzt im Betrage von 11765000 Dollars in Circulation, und 32052750 befinden sich im Nationalschatze. Es liegt auf der Hand, daß wir schon den Höhepunkt erreicht haben, wo dem Ausprägen von Silberdollars Einhalt gethan werden muß. Der gesunde Sinn des amerikanischen Volkes wird dies begreifen, und ich hege das feste Vertrauen, daß die Gefahr, welche uns noch vor einem Jahre durch die Silber- und Papiergeld-Leute bedrohte, durch die befriedigenden Resultate der Wiederaufnahme der Baarzahlung entfernt worden ist."

Diese und ähnliche Ausführungen sind beachtenswerth, sie haben auch bei der Wahl in New-York ihre Wirkung nicht verfehlt. In gleich klarer und durchschlagender Weise sprach Sherman über die Rechte und Befugnisse der Nationalgewalt (national Supremacy) gegenüber der verderblichen Lehre von den sogenannten "Staatenrechten" (doctrine of state rights), die nur zur Auflösung der Union führt, wie dies die Erfahrung beim Rebellionskriege gezeigt hat. Die freie Selbstregierung hat nichts mit der partikularistischen Staatenrechts-Doktrin gemein und kann sehr wohl ohne diese bestehen. Treffend und für den Hochmuth des demokratischen Südens wahrhaft beschämend war, was der Minister über den Zustand des Schulwesens in den Südstaaten vorbrachte und mit offiziellen Zahlennachweisen belegte. Er sagte in dieser Beziehung u. a.: „In folgenden Südstaaten wird pro Kopf der Bevölkerung an Schulsteuer (school-tax) erhoben: in Arkansas 62  $\frac{3}{4}$  Cents, in Nord-Carolina 68 Cents,

in Alabama 1 Dollar 2 Cents, in Georgien 1 Dollar 10 Cents, in Tennessee 1 Dollar 58 Cents, in Virginien 1 Dollar 98 Cents und in Kentucky 2 Dollars. Sie werden diese Zahlen richtig beurtheilen, wenn ich Ihnen sage, daß der Staat Michigan, welcher mit Nord-Carolina ungefähr die gleiche Bevölkerung hat, ein halb Mal so viel zur Erhaltung der Schulen bezahlt als der ganze Süden. Iowa allein zahlt nahezu so viel wie alle Südstaaten zusammen. Der Staat New-York bezahlt für Schulzwecke eine halbe Million mehr als alle Staaten, die sich von der Union im Rebellionskriege losreißen wollten, Maryland, West-Virginien und Missouri noch dazu gezählt. Kansas zahlt zwölfmal mehr als Arkansas für die öffentlichen Schulen. Der Staat Arkansas hatte im letzten Jahre weniger Schulen als 1872, wo die demokratische Partei dort ans Ruder gelangte. Es scheint zur Politik dieser Partei zu gehören, die Unwissenheit unter der Masse des Volkes aufrecht zu erhalten; aber trotzdem erhalten jetzt in Folge der Fürsorge der republikanischen Bundesregierung gegen 600 000 Negerkinder Schulunterricht. Dies ist ein erfreulicher Umstand, denn Kenntnisse, durch Liebe zur Freiheit gewonnen, werden sich zur rechten Zeit in segensreicher Weise bemerkbar machen.“

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so hat die letzte Wahl im Staate New-York das Schicksal Tildens für die Zukunft entschieden; er ist als Präsidentschaftskandidat in New-York ebenso unmöglich gemacht wie Thurman in Ohio. Man hört denn auch bereits, daß die Führer der demokratischen Partei sich für das Jahr 1880 nach anderen Präsidentschaftskandidaten umsehen, und als solche werden vorzugsweise der General Hancock und der Bundes Senator James A. Bayard genannt. Von republikanischer Seite ist in dieser Beziehung in erster Linie John Sherman zu nennen, doch ist die Kandidatur des Ex-Präsidenten Grant noch immer nicht aussichtslos, auch werden Conkling von New-York und Blaine von Maine sich in den Vordergrund zu drängen suchen. Die Mehrzahl der Deutsch-Amerikaner wird, wie es den Anschein hat, sich für Sherman entscheiden. —

Zum Schluß einige kurze Bemerkungen über die Einwanderung. In den ersten neun Monaten d. J. landeten in Amerika 24218 Deutsche, 16 658 Irländer, 14213 Engländer, 9947 Schweden, 4300 Schotten, 4188 Norweger, 3708 Schweizer, 1866 Walliser und 1664 Franzosen. Rußland ist in diesem Jahre stärker als gewöhnlich unter der Einwanderung vertreten, nämlich mit 2138 Personen. Die jüngsten Einwanderer sollen ganz besonders den wohlhabenderen Klassen der europäischen Bevölkerung angehören. Allein zwanzig russische Familien mit einem Personalbestand von nicht mehr als 100 Köpfen haben ein Kapital von 85 000 Dollars mit hinübergebracht. R. D.

## Für den Weihnachtstisch.

Eine Wochenschrift wie die unsrige, die das ganze Jahr über ihren Lesern von den hervorragendsten neuen literarischen Erscheinungen Kunde gibt, bald in ausführlicheren Essays, bald in kürzeren Besprechungen, die dabei jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen Kritik übt, zudringlicher buchhändlerischer Reklame grundsätzlich nie die geringsten Concessionen macht, im Gegentheile an dreißt sich